

Antrag 176/I/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)****Für einen sozialdemokratischen Weg zu einer sicheren und solidarischen Stadtgesellschaft**

1 Die Berliner SPD steht für den Schutz von Grund- und Frei-
2 heitsrechten. Daher setzen wir uns weiterhin für die im
3 Koalitionsvertrag vereinbarten Änderungen im ASOG und
4 die Einführung eines unabhängigen Polizei-Beauftragte*n
5 ein, die/der den Bürger*innen und der Polizei zur Verfü-
6 gung steht. Die Polizei braucht mehr Personal und eine
7 bessere Ausstattung – daran arbeiten wir in der rot-rot-
8 grünen Koalition. Die Polizei muss sichtbarer werden, sie
9 muss näher bei den Menschen sein, damit die gefühlte Si-
10 cherheit in Berlin steigt. Die Alexwache hat gezeigt wie ei-
11 ne sozialdemokratische Politik funktioniert und wie Prä-
12 ssenz vor Ort die Kriminalität deutlich reduzieren kann.
13 Deswegen unterstützen wir auch Forderungen nach mehr
14 Fuß- und Fahrradstreifen und fördern Projekte, um die Po-
15 lizei besser in den Kiezen zu verwurzeln.

16
17 Die Polizei braucht aber nicht noch mehr Möglichkeiten,
18 in Grundrechte einzugreifen. Durch Konstruktionen wie
19 die »drohende Gefahr« oder »drohende terroristische Ge-
20 fahr« kann die Polizei zeitlich immer weiter vor einer straf-
21 baren Handlung tätig werden. Hierdurch werden Grund-
22 rechtseingriffe durch die Polizei immer einfacher möglich,
23 ohne dass dadurch mehr Sicherheit entsteht. Als Berliner
24 SPD lehnen wir daher eine Vorverlagerung der polizeili-
25 chen Eingriffsschwelle sowie den Einsatz von „Staatstro-
26 janern“ klar als grundrechtswidrig ab. Wir lehnen außer-
27 dem eine Ausweitung des Instruments der Vorbeugehaft
28 ab.

29
30 Die Berliner SPD lehnt eine Verschärfung des Berliner Poli-
31 zeigesetzes, des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungs-
32 gesetzes (ASOG), ab. In vielen Bundesländern wie zum Bei-
33 spiel Bayern oder Nordrhein-Westfalen wurde unter CDU-
34 und CSU-geführten Landesregierungen das Polizeigesetz
35 in den zurückliegenden Monaten deutlich verschärft. Da-
36 bei handelt es sich um reine Symbolpolitik: Sie macht das
37 Leben der Menschen nicht sicherer, die Menschen zah-
38 len aber bei ihren Freiheitsrechten einen hohen Preis. Zu-
39 gleich lenkt eine solche Politik von den sozialen Ursachen
40 von Kriminalität und Gewalt ab und verhindert so wirksa-
41 me Lösungen.

42
43 Berlin darf diesem Beispiel nicht folgen. Zum einen hat
44 die SPD Berlin auf dem Landesparteitag 2018 einen Be-
45 schluss gefasst, der eine alternative sozialdemokratische
46 Sicherheitspolitik vorgibt. Zum anderen missbilligen wir
47 die deutliche Verschärfung der Polizeigesetze und die Ein-
48 schränkung der Freiheitsrechte in anderen Bundeslän-
49 dern. Wir stimmen keinem Gesetz zu, das die Grund- und
50 Freiheitsrechte der Berlinerinnen und Berliner weiter ein-

- 51 schränkt, und wollen stattdessen wirksame Maßnahmen
52 treffen, um die Sicherheit in Berlin zu gewährleisten.
53
54 Außerdem fordern wir als Partei Informationen über den
55 aktuellen Diskussionsstand zu erhalten.